

Hongkongs Übernahme durch China 1997 zeitigt Auswirkungen

Exodus der Intelligenz

Hongkong — Der Countdown für 1997, dem Auslaufen des britischen Mandats, ist bereits im Gange: Ein Fünftel der 1,5 Millionen Familien, die in Hongkong wohnen, haben zumindest ein Familienmitglied, das eine Aufenthaltsgenehmigung außerhalb der britischen Kronkolonie besitzt oder darum angesucht hat. Dies geht aus einer Umfrage einer Marktforschungsgesellschaft hervor.

Die wirtschaftlich bedeutsame Mittel- und Oberschicht Hongkongs beginnt bereits mit der Abwanderung, obwohl viele internationale Firmen auch nach 1997 bis weit über die Jahrhundertwende zu bleiben gedenken. Zahlreiche Ärzte, Rechtsanwälte und Wirtschaftsmanager verfügen nicht nur über das nötige „Kleingeld“, sondern auch über entsprechendes Fachwissen, um für andere Länder interessant zu sein.

Fast 8 Prozent der 670 ansässigen Manager der Kreditinstitute haben vergangenes Jahr gekündigt, um ins Ausland zu gehen. 1986 waren es nur 3 Prozent. „Wir sind besorgt, aber nicht alarmiert“, erklärte der Banker weiter. Auch die Bank of Amerika mußte einen signifikanten Exodus ihrer in Hongkong

stationierten Topmanager hinnehmen. Die allerorts geschmiedeten Pläne, das



Land zu verlassen, stellen mittlerweile das Gesprächsthema Nr. 1 in der britischen Kronkolonie dar. Selbst ansässige Chinesen, die in britischen Regierungsstellen beschäftigt sind, sprechen schon von Emigration.

Die Zahl der Visaanträge für Länder wie Australien, die USA, Kanada und Großbritannien ist enorm. „Wir kennen noch gar nicht das ganze Ausmaß dieses Problems“, meint Jimmy D. McGregor, Direktor der Hongkonger Handelskammer, „aber ein Problem ist es sicher. Je näher das Jahr 1997 rückt, desto akuter wird die Sache.“

Das kommunistische China hat wohl zugesagt, daß Hongkong sein System der freien Marktwirtschaft auch nach der Übernahme des Territoriums 1997 50 Jahre lang beibehalten könne und einen „hohen Grad an Autonomie“ zugestanden bekäme. Aber viele der 5,7 Millionen Einwohner der britischen Kolonie sind chinesische Flüchtlinge — und skeptisch, was die Versprechungen Pekings betrifft.

Ermacora-Bericht über Menschenrechtslage in Afghanistan

Kabul um Entspannung bemüht

Die Menschenrechtslage in Afghanistan habe sich stark gebessert, die Regierung in Kabul bemühe sich offensichtlich, eine Entspannung herbeizuführen. Dies ist das Fazit des jüngsten Berichtes des Sonderbeauftragten der UN-Menschenrechtskommission zu Afghanistan, ÖVP-Abg. Univ.-Prof. Dr. Felix Ermacora.

Bei der Präsentation der Ergebnisse dieses Berichts anlässlich einer Pressekonferenz in Wien meinte Ermacora gestern allerdings einschränkend, daß es in den umkämpften Gebieten nach wie vor zu schwersten Menschenrechtsverletzungen komme, wobei er insbesondere die Mißachtung der Genfer Konvention anführte.

Auch die Situation der rund 5 Millionen afghanischen Flüchtlinge in pakistanischen Lagern sei unverändert schlecht, von den „unbeschreiblichen Verhältnissen“, habe er sich anlässlich seines letzten Besuches in

Pakistan Anfang Februar ein Bild machen können.

Als Beispiel für den guten Willen der afghanischen Regierung nannte Ermacora hingegen die Tatsache, daß dem Internationalen Roten Kreuz nunmehr der ungehinderte Zugang zu allen Gefängnissen gestattet ist.

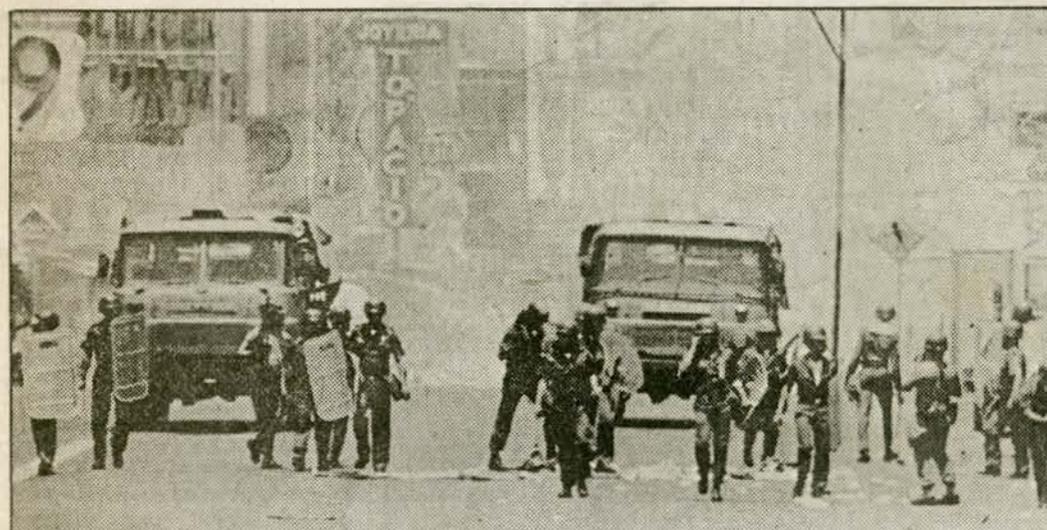
Der Bericht Ermacoras wurde in der UNO mit überwiegender Mehrheit angenommen und sein Mandat um ein Jahr verlängert.

Befürchtet die UNO also, daß es nach Abzug der Sowjets und dem möglichen Zustandekommen einer isla-

misch-fundamentalistischen Regierung weiterhin zu Menschenrechtsverletzungen kommt? Befürchten müsse man, so Ermacora, daß es zu der in Afghanistan traditionellen Blutrache kommen könnte.

Um dies zu verhindern, müßte es eine starke Regierung geben, die von allen Parteien akzeptiert werden kann. Auch den Einsatz einer UNO-Friedenstruppe könne Ermacora sich vorstellen.

Indirekte Kritik an Pakistans Forderung nach einer neuen afghanischen Regierung noch vor dem Truppenabzug übte Ermacora, indem er darauf verwies, daß jede Verzögerung der Unterzeichnung der Genfer Friedensverträge — und damit ein möglicher Aufschub des sowjetischen Abzugs — die Gefahr einer Destabilisierung der Lage in Afghanistan in sich birge. S. R.



Polizeieinsatz gegen Demonstranten in Panama City

Foto: AFP

Kirche will vermitteln — Kein Geld mehr für Beamte

Lage in Panama spitzt sich zu

Die Lage in Panama spitzt sich immer weiter zu. Am Montag wurde in der Hauptstadt des mittelamerikanischen Landes eine Demonstration von Gegnern des Militärmachthabers Manuel Antonio Noriega gewaltsam aufgelöst.

Landesweit legte ein Großteil der rund 150.000 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes die Arbeit aus Protest gegen die vorläufige Einstellung der Gehaltszah-

lungen nieder. In Colon, der zweitgrößten Stadt Panamas, wurden mehrere Supermärkte von der aufgebrachtten Menschenmenge geplündert.

Die katholische Kirche in Panama hat sich als Vermittler für Gespräche zwischen dem „starken Mann“ und Chef der Nationalgarde, General Manuel Noriega, und der Opposition angeboten.

Sowohl die Opposition als auch die katholische Kirche sind für den Rücktritt Noriegas.

Chilenische Menschenrechtlerin in Wien

Pinochets Repression wächst

„In Chile ist in letzter Zeit wieder eine Zunahme von Menschenrechtsverletzungen zu konstatieren“, berichtete gestern bei einer Pressekonferenz in Wien die chilenische Rechtsanwältin Carmen Hertz. Hertz hatte sich zu Gesprächen mit Regierungsvertretern und nicht regierungsbedingenen Institutionen mehrere Tage in Wien aufgehalten.

„Ich bin selbst ein Opfer des Pinochet-Terrors, weil mein Mann nach dem Putsch im Oktober 1973 hingerichtet worden ist“, erklärte Carmen Hertz. Ein Grund für ihren Österreichbesuch, den sie an eine Tagung der UNO-Menschenrechtskonvention in Genf anschloß, war, österreichische Regierungsmitglieder um eine Intervention zur Aufklärung des Verbleibens ihres verstorbenen Mannes zu ersuchen. Dabei wendet sich Frau Hertz deshalb an Österreich, weil die Eltern ihres Mannes von hier stammen.

Die andere Zielsetzung ihrer Gespräche, die, wie die An-

wältin angab, erfolgreich verlaufen seien, war, die österreichische Regierung darum zu bitten, eine Menschenrechtsdelegation nach Chile zu entsenden. Diese Delegation soll darauf achten, daß die Volksabstimmung, die Pinochet für die nächste Zukunft — spätestens bis März 1989, weil dann Pinochets selbstbestimmte Amtsdauer abläuft — anberaunt hat, rechtmäßig durchgeführt wird.

In diesem Plebiszit soll darüber entschieden werden, ob ein Nachfolger Pinochets, der von den vier Oberkommandierenden des Militärs bestimmt wird, vom Volk an-

genommen, oder abgelehnt wird. Im Falle eines Volksvetos könnte Pinochet für ein weiteres Jahr im Amt bleiben.

Carmen Hertz ist seit zwölf Jahren als Rechtsanwältin für „Menschenrechtsfragen“ tätig. Im Rahmen des Vikariats für Solidarität in Santiago de Chile — einer kirchlichen Organisation — vertritt sie in erster Linie politische Gefangene. „Die Repressionen gegen Oppositionelle“, erzählte Frau Hertz aus ihrer Berufserfahrung, „sind dabei in letzter Zeit gewachsen“. Und obwohl Chile im August 1987 ein internationales Abkommen gegen die Folter unterzeichnete, werde diese unvermindert und systematisch angewandt: „Jeder politisch Gefangene wird vor einem Gerichtsverfahren der Folter unterzogen.“

M. St.